



Tunesien: Regionale Entwicklung

Mit der Bevölkerung erarbeitete regionale Entwicklungspläne werden umgesetzt und verbessert so die Lebensverhältnisse der Menschen.

Sonderinitiative Nordafrika, Nahost
Aktionsfeld:
Demokratisierung



Herausforderung

Tunesien ist durch enorme regionale Entwicklungsunterschiede geprägt. Die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Hauptstadt Tunis sowie die Küstenregionen im Norden und Nordosten. Das Hinterland, der ländliche Süden sowie die Regionen Zentrum-West und Nord-West sind davon weitgehend abgeschnitten. So lag im Jahr 2014 die Arbeitslosenquote im Hinterland bei durchschnittlich 23 Prozent, während sie in Tunis 15 Prozent und im Küstengürtel zehn Prozent betrug. Aus diesem Grund kommt es immer wieder zu sozialen Unruhen in den vernachlässigten Regionen.

Jahrzehntelang ging die zentralistisch geplante Regionalentwicklung an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Seit Ende 2013 hat die Regierung deshalb zunächst in vier Gouvernoren gemeinsam mit lokalen Akteuren regionale Entwicklungspläne erarbeitet. Teilnehmer/innen von Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft trafen sich und analysierten gemeinsam Stärken und Schwächen der jeweiligen Region. Sie erarbeiteten Visionen für deren künftige Entwicklung und umrissen potenzielle Projekte. Seit 2015 wird diese Methode im ganzen Land angewandt.

Allerdings verfügen die regionalen Akteure bisher noch nicht über ausreichende Fähigkeiten und Erfahrungen zur Umsetzung dieser neuartigen Pläne. Dezentrale Entscheidungsfindung, Abstimmung der Ministerien auf regionaler Ebene, Transparenz der Verfahren sowie Beteiligung und Information von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit stellen die regionale Verwaltung vor neue Herausforderungen.

Lösungsansatz

Das Vorhaben setzt direkt an den neuen regionalen Entwicklungsplänen von insgesamt acht Gouvernoren an. Es begleitet und unterstützt die möglichst schnelle, transparente und partizipative Umsetzung von zurzeit 60 Projekten, die aus den neuen Entwicklungsplänen abgeleitet werden. Dabei werden öffentliche Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Organisationen von der Konzeption über die Durchführung bis hin zum Monitoring von Projekten beraten und unterstützt.

Projektname	Initiative für Regionalentwicklung
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Durchführungsorganisation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Projektgebiet	Acht Gouvernorate: Medenine, Kasserine, Kef, Sidi Bouzid, Beja, Siliana, Jendouba, Kairouan
Politischer Träger	Ministerium für Entwicklung, Investitionen und Internationale Zusammenarbeit (Ministère de Développement, de l'Investissement et de la Coopération Internationale, MDICI)
Nationale Partner	Generaldirektion für Regionalentwicklung (Direction Générale de Développement Régional); Ämter für Regionalentwicklung; Entscheidungsgremien aus Verwaltung und Zivilgesellschaft
Gesamtlaufzeit	01/2015 bis 03/2019
Finanzvolumen	5,0 Mio. Euro



Foto links: Eine Neuheit für Tunesien – erstmals wurden regionale Entwicklungspläne gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung erarbeitet. © GIZ/Nassim Hasni

Foto rechts: Informationstag zum Projektstart an einer Schule in Siliana. Über 200 Schüler/innen profitieren dort von einer neuen Schulkantine. © GIZ/Rym Gadhaghi

KONTAKTPERSON

Markus Steinich
markus.steinich@giz.de

Das Vorhaben ist Teil der Sonderinitiative des BMZ zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost. Mit den Projekten der Sonderinitiative trägt das Ministerium dazu bei, wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in der Region zu schaffen. In diesem Rahmen stehen für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2014 bis 2021 bisher mehr als 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Im Fokus stehen dabei die Themenbereiche Jugend- und Beschäftigungsförderung, wirtschaftliche Stabilisierung, Demokratisierung sowie die Stabilisierung von Nachbarländern in Krisensituationen.

Wirkungen in Zahlen...

Die in den Entwicklungsplänen aufgeführten Projekte betreffen zum Beispiel den Aufbau von Infrastruktur wie Straßen oder Bildungseinrichtungen, die Förderung von Landwirtschaft und Industrie oder die Verbesserung des Gesundheitswesens. In Zusammenarbeit mit den Regionalverwaltungen wurden zunächst Projekte in den Bereichen Gesundheit und Erziehung ausgewählt. In einem zweiten Schritt wurden zudem Projekte in den Bereichen Jugend, Soziales und Landwirtschaft identifiziert. In einer dritten Projektrunde werden Projekte nach besonders bedürftigen Zielgruppen ausgewählt, etwa arbeitslose Jugendliche oder alleinstehende Frauen.

Zu den laufenden Projekten gehören die Renovierung von zehn lokalen Gesundheitszentren, eines Mammographiezentrums sowie eines Zentrums für Menschen mit Behinderungen und deren Ausstattung mit medizinischem Gerät. Insgesamt sind die Zentren für die Versorgung von fast 200.000 Menschen verantwortlich. Außerdem werden neun Grundschulen im ländlichen Raum saniert, was mehr als 2.200 Schüler/innen zugutekommt.

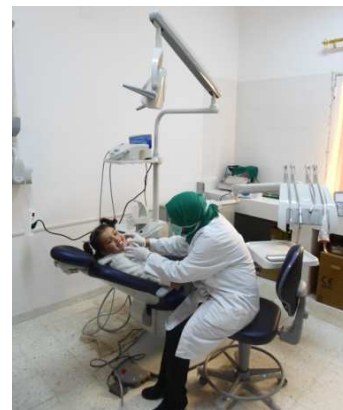
An den Schulen werden die Sanitäranlagen modernisiert, Klassenräume instandgesetzt, Schulhöfe neu gestaltet sowie insgesamt zehn Schulkantinen gebaut. 50 Schulkantinen sind bereits mit Kühlschränken ausgestattet worden. Dadurch konnten rund 6.400 Kinder besser mit Essen versorgt werden.

Insgesamt profitieren in allen acht Gouvernoraten potenziell rund 3,1 Millionen Einwohner/innen von den Aktivitäten auf der Grundlage partizipativer Entwicklungsplanung.

...und Gesichtern

Wafa Mahdhi arbeitet als Zahnärztin in Ksar Jdid, einer Stadt in der Region Medenine im Südosten Tunesiens. Die Region leidet unter hoher Arbeitslosigkeit und einer schlechten Gesundheitsversorgung. Der lokale Entwicklungsplan sieht deshalb unter anderem vor, die medizinische Versorgung zu verbessern. Eines der daraus abgeleiteten Projekte unterstützt das Gesundheitswesen – etwa durch die Beschaffung von medizinischem Gerät. Davon profitierte auch das Regionalkrankenhaus von Ksar Jdid, Arbeitsplatz der 34-jährigen Zahnärztin Wafa Mahdhi.

Ihr steht seit November 2015 ein neuer Zahnarztstuhl zur Verfügung: „Der Stuhl erleichtert mir die Arbeit sehr. Ich muss nicht mehr plötzliche Geräteausfälle und damit eine Unterbrechung meiner Arbeit befürchten.“ Auch die Patientinnen und Patienten profitieren: Sie müssen nun nicht mehr in die umliegenden Krankenhäuser fahren, sondern können sich direkt vor Ort behandeln lassen.



Der neue Zahnarztstuhl ermöglicht Zahnärztin Wafa Mahdhi eine professionelle Zahnbehandlung.
Foto: GIZ/Nassim Hasni

Herausgeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Redaktion	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Referat	210 – Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit MENA; Nordafrika; Mittelmeerpoleitik		Abteilung Nordafrika
Postanschrift der BMZ-Dienstsitze	BMZ Berlin Im Europahaus Stresemannstraße 94 10963 Berlin T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)30 18 535-2501 BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500 poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de		Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5 65760 Eschborn T +49 61 96 79-11 75 F +49 61 96 79-11 15 www.giz.de
		Autor(en)	Annira Busch/Markus Steinich/Maximilian Kurz
		Gestaltung	GIZ
		Stand	03/2017